Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 9

Artikel: Zur Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung
Autor: Michel-Alder, Elisabeth
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338553

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Elisabeth Michel-Alder

Zur Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung

Warum ich die Initiative unterstütze

Die Initiative zur Entkriminalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung verdient vorerst Unterstützung, weil sie mit Hilfe des verfügbaren demokratisch-politischen Instrumentariums versucht, ein wichtiges Problem aus dem Hintertreppendunkel in die öffentliche Diskussion zu ziehen. Sie verlangt von der Öffentlichkeit, vom Staat, ein Überdenken einer – milde gesagt – misslichen Situation, sie fordert Meinungen und Massnahmen. Das ist heute dringend nötig.

Persönlich bin ich gegen die Schwangerschaftsunterbrechung. Die Interruptio kann meines Erachtens nicht als gute Lösung des Problems unerwünschter Schwangerschaften propagiert werden. Wenn wir uns heute für eine Freigabe der Unterbrechung (innerhalb gewisser Grenzen allerdings) einsetzen, ja einsetzen müssen, dann sehe ich darin ein *Symptom für das Versagen unserer Gesellschaft,* dies in verschiedenster Hinsicht. Heute, in unseren hochentwickelten Industriegesellschaften mit all ihrem Wohlstand und Überfluss und ihrem aktuellen Stand medizinischer Forschung, gibt es keine unüberwindlichen materiellen und «technischen» Hindernisse für Familienplanung und Geburtenregelung. Materiell gesehen, böten Ernährung, Erziehung und Pflege der 50 000 bis 100 000 Lebewesen, die schätzungsweise jährlich in der Schweiz in embryonalem Zustand willentlich aus der Gebärmutter ausgestossen werden, für die gesamte schweizerische Bevölkerung gemeinsam keine ernsthafte Belastung. Doch so wie wir nicht zusammen, sondern nebeneinanderleben; wie wir unsere Güter verteilen; unsere sozialen Normen, unsere «Moral», unsere Vorstellungen von der idealen Frau, vom nötigen Lebensstandard usw. entwickelt haben; wie wir bilden und ausbilden, wie wir uns in den Konkurrenzkampf gegen jeden mit Neid und Schadenfreude einspannen lassen – so bringen wir schwangere Frauen allzu oft in verzweifelte Situationen.

Befragen wir die Geschichte, so stellen wir fest, dass die Schwangerschaftsunterbrechung in verschiedenen Kulturen und Erdstrichen zu allen Zeiten als natürliches Mittel zur Geburtenregelung praktiziert wurde. Wohlverstanden: unter bestimmten wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen, zum Beispiel bei nomadisierenden Reitervölkern, die bloss überleben konnten, wenn sie die Zahl ihrer Nachkommen auf einem strikten Minimum zur Erhaltung des Stammes hielten. Davon sind wir heute weit entfernt. Bereits mehren sich die Appelle umweltbewusster Vereinigungen, die auch dem reichen Westen eine Geburtenbeschränkung nahelegen.

50 000 bis 100 000 Schweizerinnen unterbrechen jährlich ihren Weg

zur Mutterschaft. Sie wollen nicht Mutter werden, weil sie es nicht können. Diese Frauen dürfen wir nicht länger mit wohlklingenden (für den Nichtbetroffenen so beruhigend-richtigen) moralisch-theologischen Beschwörungsformeln und juristischen Drohungen abspeisen. Offensichtlich macht ihnen all das keinen Eindruck. Die grosse Zahl illegitimer Eingriffe zeigt deutlich, dass trotz genauer Kenntnis von Unrecht und «Unmoral» der Schritt in die Kriminalität unter dem bestehenden sozialen Druck als das kleinere Übel betrachtet wird. Mir scheint es in einem tieferen Sinn inhuman, hier praktische Hilfe zu verweigern.

Die Initiative für straffreie Schwangerschaftsunterbrechung ist nötig, weil unsere Gesellschaft unfähig ist, die Probleme der unfreiwillig Schwangeren zu lösen – und zwar im Bereich der Verhütung wie der Fürsorge für Mutter und Kind. Die Initiative weist einen Weg, den ich allerdings nur als *Not- und Zwischenlösung* verstehen möchte. Im Moment fehlen uns Mittel und Möglichkeiten, um wirksam zu verhindern, dass es zu solchen Notlagen kommt – so sind wir einmal mehr zu vorläufiger Symptonbekämpfung gezwungen. Wir sollten die Unterbrechung der Schwangerschaft während der ersten 12 bis 14 Wochen freigeben. Diese sogenannte «Fristenlösung» hat den Vorteil, für die Frauen ein minimales gesundheitliches Risiko zu gewährleisten. Allerdings müsste gesetzlich fixiert werden, dass nur Ärzte befugt sind, solche Eingriffe vorzunehmen, und dass die Krankenkassen zur Beitragsleistung verpflichtet sind. Diesbezüglich müsste der recht lapidare Initiativtext sicher ergänzt werden. Als Alternative zur «Fristenlösung» ist die Erweiterung des Indikationenkatalogs im Gespräch. Bereits heute kann eine Schwangerschaft ja legal unterbrochen werden, wenn die Gefahr für Leib und Leben von Mutter und Kind als zu gross erachtet wird bei Austragung des Keimlings. Man könnte diesen medizinisch-psychischen Indikationen noch eine soziale zufügen. Doch solche generellen Indikationsgründe könnten den individuellen Gegebenheiten kaum gerecht werden. Entscheidend bliebe der alleinige Ratschluss von Drittpersonen (Arzt und weitere Berater). Mir scheint dagegen die einzig richtige Regelung, dass die potentiellen Eltern, vielleicht nach Beratung mit verschiedenen Gesprächspartnern ihrer Wahl, den endgültigen Entscheid treffen und verantworten müssen.

Man kann die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung nur schweren Herzens freigeben: All das sollte nicht nötig sein. Denn ehrlicherweise muss zugegeben werden, dass ein lebender Keim zerstört wird. Wo allerdings menschliches Eigenleben beginnt – in der Samenzelle, bei der Zellenverbindung, bei der Nidation, im vierten Monat, im siebenten oder nach der Geburt –, dazu fehlen bis heute objektive, jedermann einleuchtende Kriterien. Auffälligerweise treten die Theologen in diesen Kontroversen weit sicherer auf als etwa die Biologen . . . Abgesehen davon dürfen wir uns in einem solchen Moment nicht um die Grundsatzfrage drücken: Wie konsequent schützen wir alles Lebendige, im speziel-

len den Menschen? Zugegeben, es ist leicht demagogisch, aber mir scheint ein gewisses Missverhältnis vorzuliegen zwischen dem unerbittlichen Verbot, einen Embryo willentlich aus der Gebärmutter auszustossen, und dem gleichgültigen Schweigen gegenüber kriegerischen Massentötungen zum Beispiel in Vietnam, wo von den USA im Namen der «Freien Welt» Tausende von Kindern, Frauen und Männern wahllos zerbombt und zerschossen werden.

Zwei Gesichtspunkte sind es im besonderen, die mich bestimmen, die Initiative zu unterstützen: das Geschick unerwünschter Kinder; die Not der Frauen, die in kriminelles Verhalten getrieben werden.

Unerwünschte Kinder

Jedes Kind, das geboren wird, birgt eine Menge menschlicher Möglichkeiten. Es ist Aufgabe seiner Umwelt, diese potentiellen Fähigkeiten zu fördern, zu pflegen, zu entwickeln. Die Art und Weise, wie ein Kind aufwächst, wie es aufgehoben, akzeptiert, geliebt ist, spielt für sein ganzes Leben eine entscheidende Rolle. Ob es sein Leben meistert oder immer wieder im Pech stecken bleibt; ob es frei mit seinen Mitmenschen verkehrt oder ihnen verschüchtert und feindlich begegnet; ob es einen interessanten Beruf ergreifen oder bloss abstumpfende Arbeit leisten kann – so viel entscheidet sich für die Kinder in den ersten Jahren. Die *Startposition* der unerwünschten Kinder ist ungünstig; ebenso wenig rosig sind ihre *Entwicklungsprognosen.* H. Stamm (in: «Schwangerschaftsunterbrechung, Schwangerschaftsfürsorge, Schwangerschaftsverhütung», Verlag Karger, Basel 1970) meint, dass etwa zwei Drittel der Kinder unerwünscht sind und dass etwa 40 Prozent dieser unschuldig Unglücklichen von Mutter oder Eltern nie positiv akzeptiert werden. Er meint sogar, dass gegen zwei Drittel dieser Kinder körperliche und psychische Defekte aufweisen. Rund ein Zehntel aller Kinder wachsen ohne legitimen Vater auf. Wer sich ein bisschen mit Erziehungsfragen beschäftigt, weiss einzuschätzen, welch grosses Handicap das ist. Bei ausserehelich Geborenen ist die Säuglingssterblichkeit doppelt so hoch wie bei ehelichen Kindern. Wird auf Grund einer eingetretenen Schwangerschaft eine Mussehe geschlossen, ist das Problem noch nicht gelöst: Diese Ehen werden zwei- bis dreimal häufiger geschieden als Wunschehen. Was Scheidung zumeist für die Kinder bedeutet, will ich hier nicht weiter ausführen; bereits verfügbare Untersuchungen fördern schlimme Tatsachen zutage.

Während unsere Gesetze und Gerichte nämlich den ungeborenen Keim mit aller Sorgfalt schützen und eine illegale Schwangerschaftsunterbrechung im allgemeinen bestrafen, lässt es die Gesellschaft an Aufmerksamkeit für die geborenen Kinder ganz krass fehlen. Man darf seine Kinder arg misshandeln, körperlich und vor allem psychisch – ohne dass ein Hahn danach kräht. Es fehlen wirksame Elternschulen und Erziehungshilfen, es fehlen staatliche Einrichtungen zur Förderung der Kinder im

Vorschulalter (wo man Mängel kompensieren und abweichendes Verhalten beobachten und therapeutisch angehen könnte), ja es fehlt an finanzieller Sicherung, der kein Geruch von Almosen anhaftet. Die Vormundschaftsbehörden greifen erst ein, wenn eine offene Krise eingetreten ist, wenn die Familien (oder die alleinstehende Mutter) zusammengebrochen und die Kinder soweit geschädigt sind, dass guter Rat wahrlich teuer ist. Die Jugendlichen landen in Heimen und figurieren zu einem beträchtlichen Teil später in Gerichtsakten. Eine Umfrage bei unsern Fürsorgeämtern oder die Lektüre der Gerichtsberichte sprechen da eine überdeutliche Sprache.

Vor einigen Monaten ist (vom Oberseminar des Kantons Zürich) eine Untersuchung über alle Zürcher Kindergartenschüler veröffentlicht worden. Diese zeigt unter anderem, dass die gewünschtesten aller gewünschten Kinder – nämlich die Adoptivkinder – ein entscheidendes Mass mehr an liebevoller Zuwendung und persönlicher Förderung seitens ihrer Betreuer erfahren als die übrigen Kinder. Für mich sind solche Untersuchungsergebnisse eine Verpflichtung für unsere Gesellschaft, alle Massnahmen zu ergreifen, um möglichst allen Kindern die Chance zu geben, als Wunschkind in einer sorgfältig präparierten Wiege zu liegen.

Die Not der ungewollt schwangeren Frauen

Wir stossen jährlich zwischen 50 000 und 100 000 Frauen zur Unterbrechung ihrer Schwangerschaft in die Kriminalität. Was schlimmer ist: wir liefern sie Kurpfuschern aus; allzu oft sind es nicht einmal professionelle Engelmacher, sondern gänzlich unkundige nähere Verwandte. Die Gefahr dauernder körperlicher Schädigung ist dabei einfach zu hoch. Das Krankheits-, Todes- oder Sterilitätsrisiko (wobei Sterilität von vielen Frauen als echte Invalidität erlebt wird) kann nicht verantwortet werden in Anbetracht der Tatsache, dass das physische Risiko einer Interruptio, vorausgesetzt, dass sie vom Arzt und rechtzeitig durchgeführt wird, eher geringer einzuschätzen ist als das einer Geburt. Vom psychischen Risiko zu sprechen, scheint mir schwierig. Es gibt keine gültigen statistischen Daten und wird sie kaum je geben, weil vermutlich niemand die Grenzen zu fixieren vermag, jenseits deren Reue und sexuelle Indifferenz als «krankhaft» bezeichnet werden könnten.

Warum wird unterbrochen? Vergegenwärtigen wir uns rasch die *Stellung der Frauen heute:* Innert weniger Jahrzehnte hat man die Hausfrau und Mutter hinter dem Herd hervorgeholt und sie in eine Reihe neuer Rollen gestossen. Nur für wenige Frauen war es ein ungetrübtes Glück, sich in diesen Rollen entfalten zu dürfen. Frauenbilder, die für unsere und noch weit stärker für die Erziehung unserer Mütter unbestrittene Wegweiser waren, finden wir heute bestenfalls noch im Witzblatt. Heute erwartet man von der Frau lautlos-rationelles Besorgen des Haushalts, zwei muntere Kinder, mindestens halbtägige Berufstätigkeit (weil die Wirtschaft sie als Arbeitskraft dringend braucht . . .); bei alledem ist sie ewig

jung, gepflegt, charmant: eine attraktive Sexualpartnerin. Überdies ist sie vollberechtigte Staatsbürgerin, sie soll aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen usw. Auf diese Vielzahl konkurrierender Aufgaben sind die Frauen kaum vorbereitet; ein Grossteil steht am Rande der Überforderung. In dieser Situation, noch verschärft durch die bekannten rechtlichen und sozialen Benachteiligungen der Frauen ganz allgemein und die steigenden Ansprüche «ans Leben» – da wird eine unerwünschte Schwangerschaft eben leicht zur Katastrophe.

Der modernen Frau fehlt jeder Schutz durch die Grossfamilie: Früher, wo man in grösseren Gemeinschaften zusammenlebte (auf dem Bauernhof oder im Handwerksbetrieb zum Beispiel) und wirtschaftete, wo man miteinander werkte und teilte, wo jede zusätzliche Arbeitskraft, auch in jugendlichem Alter, eine willkommene Hilfe war, da bedeuteten ein, zwei Kinder mehr keinerlei Belastung. Heute dagegen, wo die Kleinfamilien jede für sich in schmalen Bienenwaben-Wohnungen hocken, wo weite Kreise der Arbeitnehmerschaft finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, wo die Frauen arbeiten müssen, um den Wohnungszins und das Auto bezahlen zu können, wo man ohnehin zu eng aufeinander geschichtet ist – da kann ein zusätzliches Kind den *Lebensrahmen sprengen.* Und die Folgen: Spannungen, Wohnungssuche – Mütter, die jahrzehntelang in einem physisch-psychischen Erschöpfungszustand dahintrotten usw. Potenziert stellen sich all diese Widerstände den unverheirateten Müttern, die zum grössten Teil ohnehin zur Gruppe von Unterprivilegierten in unserer Gesellschaft gehören. Zugegeben, das Spiessrutenlaufen war vor zehn, zwanzig Jahren noch schlimmer – was bleibt, ist arg genug.

Zwei Drittel dieser Mütter beklagen sich über Schwierigkeiten mit den Eltern, im Beruf, mit der Umwelt, wegen der fehlenden Finanzen und der schieren Unmöglichkeit, eine Wohnung zu finden. Stamm (im bereits erwähnten Band) gibt an, dass in der Schweiz jede fünfte ledige Schwangere aus dem Elternhaus ausgestossen wird.

Abgesehen davon weiss jedermann, dass die heutige Strafgesetzgebung nur *die Habenichtse trifft.* Wer zwei- bis dreitausend Franken aufbringt – für den willigen Arzt und Psychiater hier oder die Reise nach England mit Londoner Arzthonorar –, der braucht sich um die Initiative für straflose Schwangerschaftsunterbrechung nicht zu kümmern. Wer Geld hat, muss nicht unfreiwillig gebären.

Besser als unterbrechen: vorbeugen, verhüten

Kein Zweifel: die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung möchte möglichst allen Kindern die Chance geben, als hochwillkommener Nachwuchs geboren, erzogen und gefördert zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, empfiehlt man Verbreitung und Verwendung von Verhütungsmitteln. Wer könnte das nicht unterstützen? Im folgenden möchte ich skizzenhaft zeigen, wo hier Hindernisse liegen, warum wir damit vorläufig das

Wunschkinderziel nicht erreichen können, warum das keine echte Alternative zur Schwangerschaftsunterbrechung ist.

Das Bonner Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat vor einigen Wochen einen «Bericht über die Situation der werdenden Mütter» publiziert. Da die Verhältnisse in der Bundesrepublik mit den unsrigen vergleichbar sind (vermutlich sind die deutschen Frauen etwas «emanzipierter»), erlaube ich mir, einige Probleme mit Zahlen aus unserem Nachbarland zu belegen.

Familienplanung ist ein Privileg der «gehobenen Kreise». (Die Zugehörigkeit zu einer der drei gesellschaftlichen Schichten wird durch Bildungsstand, berufliche Stellung, Einkommen und Vermögen, kulturelle Aktivität usw. definiert.) 91 Prozent der Oberschichtfrauen bestimmen – zusammen mit ihrem Partner – selbst, wann sie schwanger werden wollen; 76 Prozent dieser Gruppe nehmen die Pille. Die Frauen der Mittelschicht planen ihre Geburten nur noch zu 82 Prozent; 61 Prozent bedienen sich dabei der Pille.

Über die Verbreitung der Pille in der Schweiz sind wir noch im unklaren. Man schätzt, dass bloss rund 20 Prozent der gebärfähigen Frauen die Pille als Mittel zur Geburtenregelung verwenden. Immerhin weiss man, dass auch in unserem Land die «Pillenesserinnen» vorwiegend in Mittel- und Oberschicht und vorwiegend bei jüngeren Frauen zu finden sind.

Die Unterschicht, die sozioökonomisch Unterprivilegierten, entwickeln starke Widerstände gegen Familienplanung – hier blühen Vorurteile bekanntlich am kräftigsten. Die Empfängnisverhütung wird dem Mann überantwortet, also dem Partner, der von einer allfälligen Schwangerschaft weniger vital betroffen ist. Dementsprechend sind die gängigsten Verhütungsmethoden: Koitus interruptus und Präservative. Frauen der unteren Schicht mit nur Volksschulbildung und ohne Berufsausbildung schliessen 86 Prozent der Mussheiraten. Familienplanung und Beschränkung der Kinderzahl stossen hier auf spezifische, bei der aktuellen Bildungssituation fast unüberwindliche Widerstände psychologischer und soziologischer Art.

Für Frauen ohne qualifizierte Ausbildung sind Schwangerschaft und Geburt praktisch der einzige Nachweis eigener Leistung. Hier werden Kinder nicht um ihrer selbst willen geboren, sondern um dem Leben ihrer Mütter Inhalt und Rechtfertigung zu liefern.

Wo Kinder und Familie eine Möglichkeit darstellen, aus unbefriedigender beruflicher Tätigkeit auszubrechen, also eine Kompensationsfunktion erfüllen, kann keine ungestörte Mutter-Kind-Beziehung zustande kommen. Die Erziehung zielt dann nicht auf optimale Förderung des Kindes. Eine solche Erziehung können wiederum nur Frauen bieten, die nicht darauf angewiesen sind, sich durch eigene Kinder eine Daseinsberechtigung zu verschaffen.

Überdies finden Aufklärung und Hinweise auf Empfängnisverhütung in der Unterschicht nicht statt. Dabei geht es selbstverständlich nicht nur um eine Informationslücke. Wichtiger sind affektive Einstellungen, Erlebnisse und die Sexualmoral. 52 Prozent der Unterschichtsfrauen wehren sich kategorisch gegen die Pille, 42 Prozent lehnen die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung ab (im Durchschnitt tun das bloss 8 Prozent der befragten Frauen).

Das Problem der Verhütung ist also – wie so manches – ein Problem unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur, im speziellen eine *Bildungsfrage*. Es geht nicht um eine Bestätigung des gottgewollten oder durch irgendwelche Vererbungsgesetze bestimmten Unterschiedes zwischen Gescheiten und Dummen, der einfach unkorrigierbar ist. Diese Unterschiede könnten prinzipiell aufgehoben werden durch sorgfältige Förderung aller Kinder und Erwachsenen in Familie und Schule und in jedem Alter – sie können es nicht, solange unsere Gesellschaft unselbständige, unkritische, gedankenlos arbeitende Leute braucht und darum auch erzieht. Es wird behauptet, man sei auf Frauen angewiesen, die abstumpfende Arbeiten erledigen. Dann dürfen wir es ihnen nicht ankreiden, wenn sie in die Mutterschaft flüchten, um der beruflichen Realität zu entfliehen. Wir dürfen den Frauen keine Vorwürfe machen, wenn sie ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden nicht in der Lage sind, solange wir ihnen die dazu erforderlichen Bedingungen nicht gewährleisten.

Bildung im umfassenden Sinn wäre eine solche Bedingung. Wie bereits kurz angedeutet, darf darunter keinesfalls die Lektüre mehrerer Aufklärungsbüchlein verstanden werden. Biologisch-technische Anweisungen spielen dabei die geringste Rolle. Im Zentrum steht die affektive Verarbeitung der menschlichen Sexualität. Ohne grundlegenden *Wandel im Verhältnis unserer Gesellschaft zur Sexualität* werden wir das Problem unerwünschter Schwangerschaften nie lösen können. Noch wirken Jahrhunderte christlicher Sexualfeindlichkeit in uns nach. Das Sexuelle ist fleischlich, dem Geist und der Seele feindlich; es ist Versuchung zum Bösen, gehört ins Dunkel und in die Verschwiegenheit; es ist ein übler Trieb, der den Menschen von der Tugend weg auf Irrwege und ins Verderben lockt. Sexualität findet ihre Daseinsberechtigung einzig in der Zeugung des Nachwuchses zum Zwecke der Arterhaltung. Zugegeben: ganz so düster ist es nicht mehr überall; vielleicht stehen wir ganz am Anfang eines Lernprozesses, der uns schliesslich Sexualität als befreiende, positive (auch geistig-seelische) Kraft erleben lässt; nicht als Versklavung, sondern als Freude. Eine solche Entwicklung stösst allerdings auf massive Widerstände in unserem gesellschaftlichen Geflecht von Abhängigkeiten und Verweigerung von Emanzipation.

Trotzdem werden wir Zeugung und Geburt erst dann besprechen und regeln können, wenn wir unsere eigene Sexualität frei zu bejahen imstande sind.

Was tun? Und wie?

Die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung ist – ich meine das deutlich dargelegt zu haben – keine Patentlösung. Trotzdem ist sie ohne echte Alternative. Wer meint, man könnte jährlich 50 000 bis 100 000 Kinder in der Schweiz zusätzlich zur *Adoption* vermitteln, ist blind. Ganz abgesehen vom Drum und Dran einer abgelehnten Schwangerschaft, die mit dem Verschwinden des neugeborenen Kindes enden muss (in der sozialen Umwelt, die wir anzubieten haben!) – sie darf keiner Frau aufgezwungen werden.

Mit einer Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung während der ersten 12 bis 14 Wochen verhindern wir kurzfristig für weitere Gruppen von Frauen (vorwiegend aus der Mittelschicht) vielleicht die Katastrophe einer unerwünschten Geburt, sicher aber den Gang zum Kurpfuscher. Statistische Untersuchungen beweisen, dass mit der Legalisierung die Zahl krimineller Aborte sinkt. Vielleicht finden im Lauf der Zeit auch die Frauen der Unterschicht in zunehmendem Masse den Weg in die Klinik – möglicherweise erst, wenn sie bereits vier oder fünf Kinder geboren haben, aber immerhin.

Es ist ganz entscheidend, unter welchen Bedingungen man Interruptionen vornehmen lassen kann. Wir dürfen nie vergessen, dass viele Frauen (wiederum aus unteren Schichten) es vorziehen, einem Kurpfuscher ins Messer zu laufen, als einem Arzt, einem grossen, weissen Medizinmann, unter die Augen zu treten. Auch hier spielen die hartnäckigsten Vorurteile eine wesentliche Rolle.

Praktisch scheint man in New York *die tauglichsten Modelle* entwickelt zu haben. Normalerweise – das heisst bei 70 Prozent der Frauen – wird dort in ambulanten Stationen interrumpiert. Die modernen Methoden erlauben es ohne weiteres, die Frauen nach rund fünf Stunden wieder zu entlassen. Die Unterbrechung erfordert keinen Krankenhausaufenthalt – das erleichtert die Organisation, die Beanspruchung des Pflegepersonals und spart ganz wesentliche Kosten, was den weniger Zahlungskräftigen nur willkommen ist.

Selbstverständlich müssen die ambulanten Stationen für den Fall von Komplikationen mit gut ausgerüsteten Kliniken ein Nothilfeabkommen abschliessen. Da die Frauen sich dank der liberalen Regelung früh genug beim Arzt melden, treten minimale Schwierigkeiten auf (in 8 von 10 000 Fällen). Die Ärzte tun bloss zwei Tage pro Woche in solchen Stationen Dienst. Im übrigen betätigen sie sich in grösseren Kliniken auf dem gesamten Gebiet der Gynäkologie.

Die meisten Frauen legen grössten Wert auf rasche und *diskrete Erledigung ihres «Falles»*. Der Erfolg einer Legalisierung – so lehren uns Berichte aus dem Ausland – hängt weitgehend davon ab, ob Anonymität gewährleistet ist. Leider brechen viele Frauen das Schweigen auch ihren Ehemännern gegenüber nicht – doch daran ändert keine Gesetzgebung

auch nur ein Jota. Dort, wo allein der Wunsch der Frau über den Eingriff des Arztes entscheidet, sinkt die Ziffer der illegalen Eingriffe am eindrücklichsten.

In diesem Zusammenhang ist eine Erörterung des Beratungsproblems am Platz. *Beratung* hat nur Sinn und Aussicht auf Erfolg, wenn sie freiwillig und gewollt ist – das liegt in ihrer Definition. Obligatorische Beratung wird bei den einen Frauen auf Widerstand und Ablehnung stossen – damit wird sie sinnlos. Andere Frauen (es handelt sich vor allem um die sozial und bildungsmässig schwächeren) werden sich im Nu überschwatzen lassen – was keinesfalls der Sinn der Übung sein kann. Die richtige Lösung wird darin liegen, jede Form von freiwilliger Beratung und Betreuung zu fördern. Entsprechende Stellen müssten ihre wichtigste Aufgabe in Aufklärung und Verbreitung von Verhütungsmitteln sehen. Dabei wären unkonventionelle Formen sicher erfolgversprechender als die heute (ohnehin seltenen) wohlbestellten, zentral gelegenen Beratungsbüros. Man müsste Teams von Männern und Frauen bilden (Ärzten, Psychologen, Sozialarbeitern usw.), die in den Betrieben und Wohnquartieren informieren und regelmässig Sprechstunden an den verschiedensten Orten abhalten. Eine würdige Amtsstelle ermuntert gerade die Leute am wenigsten, die man am dringendsten erreichen möchte. Es gibt wohl nichts Besseres, als diese Frauen und Männer in ihrem Alltag aufzusuchen.

Es wird eindringlich vor einer Liberalisierung gewarnt mit dem Argument, dass kaum *genügend Ärzte* zur Verfügung stünden, um all die zu erwartenden Eingriffe vorzunehmen. Dieses Problem darf sicher nicht überbetont werden. Zunächst nehmen ja derzeit Ärzte rund einen Viertel aller illegalen Eingriffe vor. Zudem fallen die Nachbehandlungen nach misslungenen Laieneingriffen weg. Es besteht Grund zur Annahme, dass die jüngere Ärztegeneration solchen sozialen Problemen verständnisvoller begegnet und zu entsprechendem Einsatz bereit ist. Mit einer neuen Gesetzgebung wird dieser Prozess zweifellos beschleunigt. Es fiele mir schwer, die Frage des Ärztemangels zu streifen ohne den Hinweis, dass die schweizerische Ärzteschaft seit rund zwei Jahren nicht müde wird, uns vor einem Ärzteüberschuss zu warnen und zu empfehlen, die Studentenzahlen an den medizinischen Fakultäten zu beschränken. Kaum artikuliert sich ein neues Bedürfnis nach medizinischer Fürsorge, wird uns der Ärztemangel als unüberwindliches Hindernis entgegengehalten. Diese Rechnung geht nicht auf. Offenbar sind genügend junge Leute bereit, sich ausbilden zu lassen und die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung auch bei steigenden und veränderten Bedürfnissen sicherzustellen.

Ich fasse kurz zusammen: Das Problem unerwünschter Schwangerschaften wurzelt in tiefgreifenden Missständen unserer Gesellschaft. Für heute und morgen sind deshalb keine effektiven Lösungen anzubieten. Die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb bestimmter Fristen muss als kleinstes Übel akzeptiert werden. Längerfristig sind

lückenlose Planung und Verhütung von Schwangerschaften anzustreben. Dazu ist eine Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen von Bildung und Berufstätigkeit unerlässlich, was erst eine qualitativ veränderte Bildung, veränderte Arbeit und ein neues Verhältnis zur Sexualität zulässt.

Der Weg der Liberalisierung ist sicher richtig – er verspricht weit eher gesellschaftlichen Fortschritt als zum Beispiel eine verschärfte Strafverfolgung zur Beseitigung der Missbräuche. Wenn wir dem Menschen mehr Raum für mündige Entscheidungen einräumen und ihn zu verantwortungsvollen Entscheidungen herausfordern, kommen wir dem Ziel einer mündigen, verantwortungsvollen, demokratischen Gesellschaft am ehesten näher.

Mir scheint, dass mit dem Abtreibungsverbot weniger die Frau getroffen werden soll als die Gesamtheit der Ordnung. Sicherlich gibt es viele, die den Katholizismus verinnerlicht haben, die weder an Gott noch an den Papst glauben, aber eine innerliche Moral beibehalten und einen grossen Widerwillen gegen die Abtreibung verspüren. Vielleicht – bei den Männern sogar ganz sicher! – ist das Abtreibungsverbot auch mit dem Wunsch verbunden, die Frau leiden zu lassen, sie sexuell unfrei zu machen und zu strafen, wenn sie sich eine gewisse sexuelle Freiheit erlaubt. Aber ich glaube, dass an erster Stelle die Allianz mit der katholischen Kirche eine Rolle spielt.

Simone de Beauvoir im «Neuen Forum», Februar 1972